



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Februar 2016

Ein Aufsteiger?!



Als Innensenator zwischen Suding + Trepoll und unter Scholz/Dressel – der Neid hält sich in Grenzen (siehe auch S. 5)

Foto: Senatspressestelle

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe:
Montag, 07.03.2016

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Einladung	S. 2
Malen nach Zahlen beendet	S. 3
LINKE und Kriminalität	S. 4
Bezirkliches	S. 5f.
Jahresempfang der Fraktion	S. 7
Jahresendfeier des Bezirksverbands	S. 8
Diskussionsbeiträge Wilhelmsburg	S. 8ff
Brief: Hamburg braucht Debatte	S. 12
Interview: Feminismus, Teil 1	S. 13
Termine / Kontakt	S. 15

Einladung zur Bezirksmitgliederversammlung

Mittwoch, den **24. Februar 2016** von **18:30 Uhr bis 22:00 Uhr** im großen Sitzungsraum des **Landesjugendrings, Güntherstrasse 34, 22087 Hamburg** (Hohenfelde)

Themen: **Flüchtlingspolitik im Bezirk – parlamentarisch und außerparlamentarisch**
Zivilklausel an der HAW und Auswertung des Landesparteitages

Tagesordnungsvorschlag:

- TOP 0: Begrüßung und Konstituierung 18:30 Uhr
- TOP 1: Politische Berichte (aus BOen, Fraktionen, Bündnissen) 18:45 Uhr
u.a. Bericht vom erfolgreichen **Kampf für eine Zivilklausel** an der Fachhochschule HAW
Referent: Eric Recke (AK Zivilklausel an der HAW und SDS HAW-Hamburg) ca. 15 min
Diskussion 19:30 Uhr
Pause ca. 20:30 Uhr
- TOP 2: **Auswertung des Landesparteitags vom 22.11.2015 und 24.01.2016** 20:45 Uhr
- TOP 3: Verschiedenes 21:45 Uhr
Ende gegen 22:00 Uhr

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst einmal allen ein bewegtes und bewegendes Jahr 2016, mögen wir das Neoliberale in Geist und Tat zunehmend besiegen! In diesem Sinne lade ich euch im Namen des Bezirksvorstandes herzlich zu der ersten Bezirksmitgliederversammlung im Jahr 2016 ein.

Die Diskussion über den Umgang mit Flüchtlingen ist weiter omnipräsent. Medien und Parteien verheddern sich in einer Stimmungsmache, die weg von humanen Entwicklungsmöglichkeiten führt - hier und in den Ländern, aus denen geflüchtet wird. Die Ärmsten der Armen werden gegeneinander ausgespielt, Abstiegsängste geschürt. Es kommt sehr auf uns an, deutlich zu machen: Wir (die allergrößte Mehrzahl der Bevölkerung) teilen das gleiche Interesse mit Flüchtlingen an einer friedlichen, gesunden und sozial sicheren Existenz – kurz: an menschlicher Würde. Die Verbrecher, die uns dessen berauben bzw. uns dies schuldig sind, sind die lachenden Dritten, wenn sie aus dem Blick geraten. Steuerflüchtlinge gehören bekämpft, nicht Kriegs- und „Wirtschafts“-flüchtlinge!

In diesem Zusammenhang müssen wir auch genau hinschauen, wenn eine Volksinitiative plant, die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen per Volksentscheid durchzusetzen. Um dies zu diskutieren haben wir bereits die Bezirksfraktion angefragt, uns mit einem Bericht die Lage darzustellen. Auch „unsere“ 3 Fraktionsmitglieder in der Bürgerschaft seien hiermit herzlich eingeladen, sich dazu mit uns an der Basis auseinanderzusetzen.

Zur Aufklärung und wirklichen Behebung der Übel sind auch die Fluchtursachen in den Blick zu nehmen. Ein wichtiger und erfolgreicher Schwerpunkt unserer Arbeit in diesem Sinne besteht in der Arbeit an den Hochschulen, wo wir das Denken aus den Fängen des Neoliberalismus befreien und uns

für Zivilklauseln einsetzen, mit denen sich Hochschulen militärischer Forschung verwehren und sich einer friedlichen, gerechten, demokratischen und nachhaltigen Entwicklung zuwenden - und mehr? Welchen Einfluss hat der (bundesweite) Kampf für Zivilklauseln für die Kultur an den Hochschulen? Welche Bedeutung haben sie gesellschaftlich? Um uns davon zu berichten und unser Wirken zu bereichern haben wir GenossInnen vom SDS aus der Hamburger Fachhochschule HAW eingeladen, die jüngst im Herbst die Einführung einer Zivilklausel erreichen konnten.

Nach einer Pause wollen wir den Parteitag vom 22.11.2015 und 24.01.2016 auswerten und Konsequenzen ziehen. Es gab im Zuge dieser unterbrochenen Tagung zum einen Tiefpunkte wie den tätlichen Angriff von Lothar Voss auf Elias Gläsner, auf der anderen Seite konnten gute Diskussionen auch gute Ergebnisse zeitigen, so z.B. das gemeinsam tragfähige flüchtlingspolitische Konzept. Was wir daraus machen und wie wir künftig streiten und uns einigen liegt in unseren Händen!

Zuletzt einige Hinweise zur Anreise:

Das Gebäude des Landesjugendrings liegt **nicht direkt an der Güntherstraße, sondern ca. 20 Meter abseits inmitten einer Wiese**. Das einstöckige Flachdach-Gebäude des Landesjugendrings ist jedoch von der Güntherstraße aus an den Gleisen gut sichtbar, siehe Foto auf der Website: <http://www.ljr-hh.de/wir-ueber-uns/geschaeftsstelle/>

Erreichbarkeit über öffentliche Verkehrsmittel:

U3 oder Bus 172 /173 Haltestelle „Uhlandstrasse“

Die Tagungsstätte ist von dort sehr gut über einen kleinen überdachten Fußgängerweg erreichbar, der links an der U-Bahn-Haltestelle entlang führt. Die Güntherstraße überqueren und dem Weg für

20 Meter weiter folgen, dann befindet sich der Eingang zur Linken.

Barrierefreiheit:

Die U-Bahn ist hier leider nicht barrierefrei ausgebaut, daher ist ggf. eine Anreise mit dem Bus erforderlich; Räumlichkeiten und WC sind barrierefrei zugänglich

Mit den besten und solidarischen Grüßen,



Alexander Benthin im Auftrag des Bezirksvorstandes

Ein Brief vom Schatzmeister

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Der Bezirksvorstand sendet Euch herzliche Grüße! Wir tun uns etwas schwer, in diesem Jahr aus den Startblöcken zu kommen, was letzten Endes dem geschuldet ist, dass am Jahresanfang viel Augenmerk auf die Organisation der Finanzen unseres Bezirksverbandes gelegt werden muss, um das Jahr zu strukturieren. Da muss der Jahresfinanzplan erstellt werden (vielen, vielen Dank an Klaus Rooks!!!), die Finanzprüfung muss organisiert und Finanzbeschlüsse komplettiert werden. Das verschlingt insgesamt viel Zeit.

In diesem Zusammenhang möchte ich in Erinnerung rufen, dass es sich bei Eurem Bezirksvorstand um ein „Feierabendballett“ handelt! Konstruktive Kritik ist uns immer herzlich willkommen - besser sind allerdings Lösungsansätze und noch besser eine aktive Mitarbeit!

Das „Malen nach Zahlen“ haben wir nun erfolgreich hinter uns gelassen und freuen uns sehr, Euch am 24.2. zur ersten **Bezirksmitgliederversammlung** des Jahres begrüßen zu dürfen (siehe Einladung von Alex).

Zur Diskussion stellen möchte ich die These: „Schafft sich die Parteibasis selbst ab?“

Diese Frage stellte sich mir bei der Fortsetzung unseres Landesparteitages am 24.01.2016. Hintergrund war das Gefeilsche um die Delegierten-Redezeit beim TOP „Aussprache“. Während aktive Genoss(inn)en noch versuchten, die vom Landes-

vorstand vorgeschlagene Redezeit von 4 Minuten auf das festgeschriebene (!) Zeitmaß von 5 Minuten zu normalisieren, forderte die Bürgerschaftsabgeordnete Heike Sudmann im Gegenzug, die Zeit um eine weitere Minute auf 3 Minuten abzusenken. Dieses zeigte mir als Delegiertem einmal mehr den Stellenwert, den die Gedanken der Parteibasis bei Teilen unserer Rathausfraktion einzunehmen scheinen...

Nun passierte aber das eigentlich Unvorstellbare: Die Delegierten stimmten mit knapper Mehrheit der verkürzten Redezeit zu - und beschnitten sich selbst somit das Recht, aktiv an der Meinungsbildung mitzuwirken. Ich verstehe linke Politik als Einladung, sich gemeinsam kreativ einzubringen, um dem Neoliberalismus und Faschismus den „Garaus“ zu machen.

Um eigenen Ideen eine Stimme zu geben, wäre doch eher eine Verlängerung der persönlichen Redezeit auf mindestens 7 Minuten wünschenswert. Die Komplexität vieler Sachverhalte erfordert dieses einfach! Bei 2 Landesparteitagen im Jahr hat somit derzeit jedes Parteimitglied jährlich ganze 6 Minuten Zeit, seine (ihre) Gedanken im erweiterten Kreis zur Diskussion zu stellen. Das scheint mir der „Politik von Unten“ nicht sehr förderlich...

Euer diskussionsfreudiger Schatzmeister und Genosse

Frank,

i.A. des BV Hamburg - Mitte

Veranstaltung des **Einwohnervereins St. Georg** am

Mittwoch, 17.2.2016, 19.00 Uhr, Dreieinigkeitskirche, St. Georgs Kirchhof

„Der nächste Versuch: Erneute Hochstufung einiger Straßenblöcke in die sog. „gute Wohnlage“

Informations- und Diskussionsveranstaltung des Einwohnervereins St. Georg mit diesen Podiumsgästen:

- Dr. Heike Opitz, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Leiterin der Abteilung Wohnen
- Nele Dröscher, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Referatsleiterin
- Sabine Weis, Mietrechtsexpertin beim Mieterverein Mieter helfen Mietern, Mitglied im AK Mietenspiegel
- Manfred Alex, Mietrechtsanwalt, hat mehrere Urteile gegen die Wohnlagen-Hochstufung in St. Georg erwirkt

Der Linke und die Kriminalität

Für jeden konservativen CSU-Anhänger steht vermutlich seit seiner Geburt fest: „Jede Form der Kriminalität in unserem Land muss mit aller Härte des Gesetzes bestraft werden.“ Immer wieder gern wird dieses Sätzchen von Politikern als Beruhigungsspiel für den besorgten Bürger heruntergebetet.

Freilich steht dabei für den Konservativen unausgesprochen fest, dass damit der gemeine Räuber, Einbrecher, der Drogendealer und natürlich der Sexualstraftäter gemeint sind. Die breitschultrigen und oft auch –bäuchigen, gutsituierten, graumelierten Herren der oberen Führungsriege hat er bei seiner Aussage eher nicht im Blick gehabt. Die weißen Kragen der reichen Herren bleiben weiß und sollen's auch bleiben. Wo kämen wir dann auch hin? An was solle man noch glauben, wenn nicht daran, dass Männer mit Macht und Geld des wahrhaft Bösen unverdächtig sind.

Nein, es geht um die Randständigen, die Armen, letztlich Ausgestoßenen, um die, die beim gesellschaftlichen Wettbewerb verloren haben, die, die man sich nicht so gerne auf der Straße ansieht, die, die schmutzig-stinkend, leicht geistig-verwirrt, mordend und raubend durch unsere Straßen ziehen. Um die geht es! Sie sollen hart bestraft werden, denn jeder Fehltritt eines solch unangepassten, unkontrollierbaren Barbaren lässt vermuten, dass die Welt im Anschluss an die Tat in gänzlichem Chaos versinke. Für den Konservativen ist diese Weltordnung unumstritten. Auch dem Linken macht er es damit einfach, denn dieser kann sich wiederum ganz darauf verlassen, dass der Konservative niemals von dieser Denkmoral abweicht. Der Linke hat deshalb freie Bahn dem Konservativen den eigenen Spiegel vorzuhalten und seine ungleiche Werteheftung zu entlarven.

Doch wie sieht es eigentlich mit dem Linken und der Kriminalität aus? Ab von jeder Theorie – nämlich dann, wenn es tatsächlich zu Übergriffen kommt, die eine Nation förmlich erschüttern lassen? Wie verhielt sich der links-denkende Mensch bei den sexuellen Übergriffen von jungen Männern in Köln, Hamburg und anderen Städten? Was hatte er zu sagen? Geriet sein humanistisches Menschenbild ins Wanken oder stellte er sich auch hier tapfer gegen den Wind?

In jedem Fall hatte er zu sagen, dass man sexualisierte Gewalt nicht mit rassistischen Ressentiments vermischen darf, man ganze Ethnien nicht zu Tätern erklären kann. Prinzipiell richtig, denn das Strafrecht kennt keine Ethnien oder eine ethnisch-getrennte Strafzumessung. Jeder Mensch ist vor dem Gesetz gleich. Und selbstverständlich ist jedem klar-denkenden Mensch einleuchtend, dass man nun nicht ernsthaft anfangen kann, Asylgesetze zu verschärfen, wenn einige Wenige sich mora-

lisch verantwortungslos und ohne jeden Zweifel völlig daneben verhalten haben. Ja, haste dir gedacht! Es kam anders: Medien berichteten, facebook überschlug sich, der Mob forderte (wieder mal unaussprechliche Dinge), die Politik schlug mit wildem Flügelschlag um

sich. Ganz so, wie man sich die Problemlösung bei schwierigen Herausforderungen wünscht: Ein wildes Agieren um des Agierens Willen, ohne jeden objektiven Abstand zu den Geschehnissen, in hoch-emotional-aufgeladenen Debatten. Die Männer hinterließen in der Silvesternacht nicht nur verletzte, schockierte und traumatisierte Opfer, sondern auch ein Schlachtfeld des gesellschaftlichen Aufruhrs und der politischen Schnellschüsse. Man schuf Gesetze zur schnelleren Abschiebung von ausländischen Straftätern, man schlug vor, das Strafrecht zu ändern. Es schien als ob sich ganze Heerscharen zu Feministen aufgeschwungen hätten, um die Ehre der Frau zu retten. Allein über sexualisierte Gewalt, über unseren Umgang mit Sexualität, über Tabus und gleichzeitige Verhöhnung von Frauen in unserer Gesellschaft sprach man eher selten.

Und der Linke hatte hier auch etwas zu sagen. Sarah Wagenknecht ließ sich dazu hinreißen, zu formulieren, dass das Gastrecht verwirrt sei, wenn ein Ausländer Straftaten begehe. Auch Dietmar Bartsch sprach von der vollen Härte des Gesetzes, die zur Anwendung kommen müsse. Hätte ich jetzt die Namen der Politiker weggelassen, welcher Partei hätte man diese Aussagen wohl zugeordnet? Ein Satz, der immer wieder auf linken oder links-orientierten Facebook-Fanseiten aufgetaucht ist, lautet: „Straftaten werden von Verbrechern begangen, nicht von ganzen Ethnien. Und das ändert sich auch nicht, nur weil es Einigen gerade gut passt.“ Eigentlich schön eingängig, nicht? Jedoch stieß ich mich an dem Wort „Verbrecher“. Nun kann man sagen: Wieso, sind sie doch! Jedoch muss ich den Satz korrigieren: „Straftaten werden von Menschen begangen“. So muss es heißen! Denn der „Verbrecher“ erfährt durch seine Titulierung als solcher eine Entmenschlichung, die uns verlockend und schockierend zugleich vorkommt. Was geradezu unmenschlich erscheint, kann von der Welt vergessen werden, gehört nicht mehr zur Gesellschaft, wird ausgesondert – wohin auch immer... vielleicht zurück ins Heimatland...?! Auch



die linken Köpfe hatten in der hitzigen Debatte vergessen, dass diese Menschen ebenso zu unserer Gesellschaft gehören wie andere Menschen. Sie zu reinen "Verbrechern" zu degradieren, ist ebenso kurz gedacht wie die Problematik auf eine Ethnie zu reduzieren. Resozialisierung heißt das Zauberwort zu einem menschenwürdigen Miteinander. Resozialisierung ist neben dem Schutz der Bevölkerung auch das Hauptziel des Strafvollzuges. Eine andere Wahl haben wir nicht, als auch die Täter aus Köln, Hamburg und Stuttgart nach Verbüßung ihrer Strafe wieder aufzunehmen in unserer Gesellschaft. Besser wäre es, wenn wir dann auch die Debatte über unseren Umgang mit Sexualität und Gleichberechtigung weiter geführt hätten. Es sei denn, auch wir als Linke geben uns der kurz-gedachten Lösung hin, dass Abschiebungen das Problem schon lösen werden. Aber dann ist es nicht weit her mit unserem Humanismus und sozialistischen Freiheitsdenken.

Die Linksfraktion im Bundestag hat inzwischen nach der internen Kritik an Wagenknechts Äußerungen eine Klarstellung vorgenommen und deutlich links-orientierte Forderungen im Umgang mit Straftätern und Asylpolitik aufgestellt. Wenn wir ernsthaft und glaubhaft bleiben wollen, dürfen wir uns nicht von einem humanistischen Menschenbild abwenden, um, sei es auch nur für den emotionalen Moment, dem fordernden Gebrüll der Menschenmassen Genüge zu tun.

Gute linke Politik lässt sich nicht vom erregten Moment leiten, sie trifft keine Entscheidungen aus einer aufgeheizten Grundstimmung heraus, sondern ist bemüht, weit-denkende, weit-tragende und verantwortungsbewusste Antworten auf gesellschaftliche Fragen zu finden.

Um es weit weniger tragend auszudrücken: Ich habe keine Lust, mir unsere Grundrechte vom besorgten Mob abspenstig machen zu lassen!

Ina Morgenroth

Bezirksamt Hamburg Mitte: Falko Droßmann löst Andy Grote ab

oder: Zur Wirkung des Peter-Prinzips im Bezirk Hamburg Mitte

*Das **Peter-Prinzip** ist eine These von Laurence J. Peter, die besagt, dass „in einer Hierarchie [...] jeder Beschäftigte dazu [neigt], bis zu seiner Stufe der Unfähigkeit aufzusteigen“ (englisch "In a hierarchy every employee tends to rise to his level of incompetence."). (Wikipedia)*

Michael Neumann hatte keine Lust mehr auf seinen Job, also musste er ersetzt werden. Des ersten Bürgermeisters Wahl fiel auf den stadtentwicklungspolitisch profilierten Bezirksamtsleiter Andy Grote, der sich bei den Menschen in der Bezirksverwaltung wie auch bei den Kommunalpolitikern einen guten Ruf erworben hatte. Er galt als einer, der zuzuhören bereit war und der wusste, wovon er redete. Ohne dass deshalb Zweifel daran aufkamen, für welche Partei er stand und wessen Beschlüsse er im Zweifel ausführte.

Aber: Er suchte das Gespräch, nicht wie sein Vorgänger vor allem mit „Investoren“, sondern mit den Fraktionen der Bezirksversammlung, mit Initiativen und Vereinen, mit den Beteiligungsgremien. Nicht immer zu deren Zufriedenheit, aber es wurde geredet. Und z.B. im Falle der ESSO-Häuser kam es zu Entscheidungen, die den profitorientierten „Wohltätern“ St. Paulis nicht wirklich schmecken.

Jetzt soll er den Hardliner Neumann ersetzen, seinerseits die SPD als Partei von Recht und Ordnung profilieren und die Abwanderung der SPD-WählerInnen zur AfD minimieren. Und natürlich den Sport in Hamburg voranbringen, möglichst kostenlos (schließlich fehlen die Milliarden, die

Olympia angeblich nach Hamburg leiten sollte). Zweifel an der Eignung des Andy Grote, den mensch im Bezirk erleben konnte, sind durchaus erlaubt.

Nach dem unrühmlichen Abgang des Markus Schreiber hatte es immerhin eine Ausschreibung des vakant gewordenen Postens gegeben. Das Verfahren war dann zwar so offen nicht, die Minderheits-SPD suchte und fand mit der FDP noch ganz schnell eine Mehrheitsbeschafferin und setzte Andy Grote durch. Aber es gab immerhin eine (Aus-)Wahl.

Das soll nun anders werden, SPD und Grüne lehnen eine Ausschreibung ab. Und der in Mitte faktisch regierende Kreisvorstand der SPD um Johannes Kahrs hat seine Wahl getroffen: Der bisherige Fraktionsvorsitzende Falko Droßmann, Major der Bundeswehr und lt. Abendblatt Leiter eines Fachbereichs an der Bundeswehrhochschule mit 1.000 Studenten (Verwaltungserfahrung!!!), soll es werden.

Auch wenn Falko Droßmann von den drei in Rede stehenden SPD-Genossen das kleinere Übel sein dürfte, so sind auch in seinem Fall Zweifel anzumelden, ob er für das Amt wirklich der Richtige ist. Über 1.200 Beschäftigte mit eigenem Kopf und eigener Fachkompetenz im Bezirksamt sind schon etwas anderes als 1.000 BefehlsempfängerInnen an der Helmut-Schmidt-Universität. Und auch wenn Falko Droßmann sicherlich angenehm im

menschlichen Umgang ist (außer manchmal am Rednerpult in der Bezirksversammlung), so hat sich doch im Laufe der Zeit herausgestellt, dass er gern Zusagen macht, diese dann aber nicht einhalten kann oder will. Und das nützt vielleicht kurzfristig ihm und seiner Partei, letztlich aber fördert es Frust und Politikerverdrossenheit.

Kurzum: Manches wird anders, aber nichts besser. Wir müssen genau hinsehen, das Handeln des Bezirksamtsleiters beobachten und unsere kritische Oppositionsrolle wahrnehmen. Es gibt viel zu tun!

besel

Links-Revolutionäre-Kommunalpolitik, geht das?



Ja, aber es ist nicht einfach und keine Angst, ich werde hier keine aus dem Kontext gerissenen Zitate verwenden.

Nach einem Jahr in der Bezirksversammlung und in diversen Ausschüssen kann ich sagen, dass wir in Hamburg

einen Teil der Verwaltung darstellen, aber nicht wie in anderen Kommunen und Stadtverwaltungen wirklich in Entscheidungen über Schuldenbremse oder Kürzungspolitik selbst bestimmt handeln können. Die Bezirksversammlung kann selber nicht über Personal oder Lohnerhöhungen, geschweige denn Arbeitszeiten entscheiden, weil der Bezirk Mitte über keinen eigenen Etat verfügt. Wir kriegen das Geld vom Senat zugewiesen, meistens noch

mit der Auflage uns selbst zu beschneiden (kürzen, kürzen, kürzen ...).

Aber wir können dies anprangern, wir können alle Kürzungen in sozialen Einrichtungen ablehnen, wir können Anfragen stellen und diese den sozialen und systemkritischen Einrichtungen zugänglich machen; Anträge stellen, die die realen Bedürfnisse der Menschen betreffen; Arbeitskämpfe im Bezirk unterstützen (wenn uns Warnstreiks mitgeteilt werden).

Der Kampf für eine andere Kommunalpolitik kann und muss vor Ort beginnen. Hier können und müssen wir die linken außerparlamentarischen Widerstände, Stadtteilinis und Vereine in ihrem Wirken und Handeln zusammenbringen und unterstützen.

Denn das ist revolutionär, Menschen in Widerstand zusammen zu bringen, eine linke kommunalpolitische Idee den Menschen zu vermitteln und die sozialen Kämpfe vor Ort aufzunehmen.

Zum Schluss ein Link:

<http://www.altonaer-manifest.de/manifest.php>

Für eine Bezirksreform, die wir brauchen.

Ich hoffe ihr könnt was damit anfangen, im Zweifel können wir darüber reden und konstruktiv streiten.

Msg, Teddy

Veranstaltung: Fluchtursachen: Warum kommen sie wirklich?

Warum flüchten seit vielen Jahren Menschen aus ihrer Heimat, warum sind es in der letzten Zeit so viele geworden? Warum auch aus Ländern, in denen keine Kriege geführt werden? Und wo Menschen vor Krieg und Gewalt flüchten: Warum sind dort solche Verhältnisse?

Was haben die großen Fluchtbewegungen der Gegenwart zu tun

- mit den Folgen der Klimaerwärmung,
- mit der Gier transnationaler Konzerne aus USA, EU usw. nach Rohstoffen und nach der Herrschaft über die Handelswege,
- mit den sog. Freihandelsabkommen, die vielen armen Ländern des globalen Südens aufgenötigt werden,
- mit der Nutzung immer größerer Flächen in Ländern des globalen Südens für die

Fleisch- und Treibstoffproduktion in den reichen Ländern des Nordens?

Was haben die aktuellen Fluchtbewegungen mit der Entwicklung des neoliberalen Kapitalismus zu tun? Welche Rolle spielt Deutschland dabei?

Zu diesen und weiteren Aspekten von Fluchtursachen referiert und diskutiert mit uns

Prof. Elmar Altvater am
Donnerstag, 18. Februar um 19.00 Uhr
im Hamburger Rathaus.

Elmar Altvater ist einer der Väter unseres Parteiprogramms. Er arbeitet seit Jahrzehnten an der Weiterentwicklung marxistischer Gesellschaftstheorie und konkreter linker Politik.



Bezirksfraktion Hamburg – Mitte

Borgfelder Str. 83

20537 Hamburg

Tel.: 285 769 08

Fax: 285 769 09

fraktion@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Einladung

an alle

Mitglieder

des Bezirksverbands

Hamburg, den 04.02.2016

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, liebe MitstreiterInnen, sehr geehrte Damen und Herren!

Das Jahr ist noch jung genug, um Euch/Sie zu einem Neujahrsempfang einzuladen und wir möchten mit Euch/Ihnen ins Gespräch kommen und ein Glas Sekt trinken.

am Sonntag, den 28. Februar 2016 von 12.00 bis 16.00 Uhr

im Freizeithaus Kirchdorf-Süd - Stübenhofer Weg 11

Program m :

Begrüßung durch unsere Fraktionsvorsitzenden Christine Detamble-Voss und den Veddelaner Lokalpolitiker Stefan „Teddy“ Dührkop.

Unser Gastredner ist dieses Jahr der Vorsitzende des Wilhelmsburger Stadtteilbeirats Lutz Casel, der uns auch musikalisch in Stimmung bringen wird.

Bei guten Gesprächen mit unseren KommunalpolitikerInnen aus dem Bezirk Hamburg-Mitte, bei einem Glas Sekt, Kaffee und kleinen Speisen können wir uns vernetzen um Gegenwehr zu organisieren, sei es auf der Straße, in Betrieben, in Initiativen sowie in den Parlamenten. Denn die Krise des Kapitalismus wird weiter auf dem Rücken der vielbeschworenen „kleinen Leute“ ausgetragen werden. Dagegen nützt eine starke LINKE, aber sie kann es nicht allein richten.

Mit solidarischen Grüßen

Christine Detamble-Voss und Stefan Dührkop

Anreise: Ab S-Bahn Wilhelmsburg Bus M 13 Richtung Kirchdorf Süd bis zur Endstation, dann den Dahlgrünring geradeaus, hinter den Parkplätzen liegt das Freizeithaus

Rückblick: Jahresendfeier des Bezirksverbands in Rothenburgsort



Unser Bezirksvorstand HH-Mitte und insbesondere unser Schatz bzw. „Schatzkanzler“ Frank Rinnert haben am 15.12.2015 eine ungemein schöne Jahresendfeier organisiert. Ein großartiger Raum, weiß edel und zugleich gemütlich, hieß die zahlreichen Gäste willkommen und für das leibliche Wohl war nicht nur ausreichend, sondern sogar vorzüglich gesorgt. Auch für das seelisch-intellektuelle Wohl war gesorgt, da die hinreißend-bissige Heinrich Böll-Verfilmung „Nicht nur zur Weihnachtszeit“ auf der großen Leinwand über Beamer gezeigt wurde.

Dieser wunderschöne Saal, der bissig-besinnliche Film und auch und gerade die zahlreichen illustren Gäste –über diverse überregionale Wahlkämpfe

war z.B. ein Genosse aus Duisburg zu Gast- bildeten eine würdige Kulisse für unser letztes Treffen 2015.



Alles in allem war es eine äußerst gelungene Veranstaltung und die Bilder geben einige Impressionen wieder.

Sven-Friedrich Wiese/Fotos: Christine Wolfram

Der Artikel sollte eigentlich bereits in der Januarausgabe erscheinen, das hat wegen technischer Probleme leider nicht geklappt, -red

BO Wilhelmsburg: Diskussionsbeiträge

Die BO Wilhelmsburg/Veddel reichte einen Antrag beim Landesvorstand ein, er möge sich auf dem LPT in einer Debatte mit der inneren Zerrissenheit unserer Partei befassen. Daraufhin wurde der TOP „Aussprache“ zusätzlich in die Tagesordnung aufgenommen und an den Beginn des Parteitages gelegt. Unsere BO beherbergt die unterschiedlichsten Charaktere und politischen Strömungen. Hitzige Wortgefechte und Meinungsverschiedenheiten

sind da natürlich die logische Konsequenz. Wäre die Gesamtpartei allerdings soweit wie die BO Wilhelmsburg - Veddel, würde sie die Meinungsvielfalt genießen und davon gemeinsam profitieren. Zur Unterstreichung dessen, möchten wir an dieser Stelle zwei auf dem Landesparteitag gehaltene Redebeiträge von Genossen aus unseren Reihen wiedergeben:

Redebeitrag Timo Gorf beim LPT am 24.1.16

Liebe Genossinnen und Genossen!
Natürlich gibt es in unserer Partei viele Strömungen. In Hamburg und auch bundesweit. Das ist auch gut so, denn einer Einheitspartei möchte ich nicht angehören.

Und ich freue mich über einen konstruktiven Diskurs zwischen den vielen Strömungen und Zusammenschlüssen. Denn im Gegensatz zu den etablierten Parteien, findet bei uns das wirkliche Leben auch auf den Parteitagen statt. Von der Presse wird dann oft von „Uneinigkeit“ gesprochen oder von Streit. Dabei ist es einfach nur lebendig. Ich persönlich finde das gut so und bodenständig!

Nur finde ich, gibt es Unterschiede zwischen Strömungen, die sich auf Inhalte beziehen und Lagerbildung, bei dem es oftmals doch um Grundsätzliches geht. Nämlich um Gut und Böse, um Recht und Unrecht und um die Frage, wer gerade Schuld hat oder wessen Hut gerade am Schönsten ist. Inhalte spielen zwar eine Rolle, doch geht es meist eher um die Meinungshoheit als um den Diskurs. Man könnte es auch die Machtfrage nennen.

Aber ganz ehrlich, als einfaches Mitglied interessiert mich die Machtfrage erstmal gar nicht. Mich interessiert das Leben! Mich interessieren die Menschen, mit denen ich Politik mache und vor allem die Menschen, die von unserer Art der Politik

durch die Inhalte überzeugt sind oder die sich auch noch überzeugen lassen.

Wir sind doch eine linke Partei, eine sozialistische Partei. Wir wollen den Menschen zu einem besseren Leben verhelfen, ihn, den Menschen in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen und eben nicht an erster Stelle die Gewinnmaximierung. Wir wollen das bestehende System verändern und zwar die Art, wie wir wirtschaften, die Art wie wir mit Menschen aus anderen Ländern und Regionen dieser Welt umgehen und wir wollen Frieden schaffen ohne Waffen.

Von daher ist doch klar, dass wir bei uns anfangen müssen, diese Grundsätze auch zu leben. Und selbstverständlich ist ein Mitglied unserer Partei für mich per se erstmal kein Neoliberaler oder Anhänger einer anderen Partei. Sondern er ist ein Linker, sonst wäre er doch gar nicht hier. Steht doch auch dick auf dem Eingangsschild: DIE LINKE!

Und es ist so wichtig, dass unsere Partei eine revolutionäre Politik betreibt, nach den Grundsätzen linker Leitgedanken: Antikapitalistisch, Antirassistisch und Antimilitaristisch.

Das gehört zu uns Linken, wie die Luft zum Atmen.

Aber natürlich beschreibt dieser revolutionäre Gedanke gerne das Große und Ganze. Und schnell muss gleich die ganze Welt gerettet werden, so anspruchsvoll kann ein Linker oder eine Linke schon mal sein.

Die Gefahr dabei ist, dass wir bei der Betrachtung des Großen und Ganzen dann ganz schnell den Menschen vergessen, der direkt bei uns vor der Haustür lebt. Der geschunden wird durch den Neoliberalismus. Der Jahr um Jahr, Legislatur für Legislatur fürchten muss, dass wieder eine soziale Errungenschaft, die in der Regel linke Frauen und Männer in über 150 Jahren erkämpft haben, dem

Redebeitrag Frank Rinnert beim LPT am 24.1.16

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen!

Ich bin froh und stolz, in eurer Mitte sein zu dürfen, da ich denke, dass die meisten von euch edle Motive dazu bewogen, Mitglied in der LINKEN zu werden - und eben nicht das Schielen nach Posten und Pöstchen. Diese innerparteilichen Grabenkämpfe haben schon zu viele schmerzhafteste Parteiaustritte zur Folge gehabt - Es ist an der Zeit, dass SOLIDARITÄT in unserer Partei ENDLICH wieder groß geschrieben wird - und das nicht nur, weil es ein Substantiv ist!!!

Diktat der Umverteilung von unten nach oben, dem Diktat der Schuldenbremse, dem Diktat der gespreizten Ellenbogen zum Opfer fallen.

Deshalb müssen wir als DIE LINKE in Hamburg genauso eine nach den aktuellen Bedürfnissen der Menschen vor Ort gelagerte Politik machen und die Möglichkeiten nutzen, die uns das bestehende Parlamentarische System gibt, Ungerechtigkeiten aufzudecken und schlimmere Härten die von SPD, Grüne, CDU und FDP betriebenen Politik zu verhindern. Und wir müssen genauso mit den uns zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mitteln gegen den braunen dumpfen Sound von AFD, Pegida und Neonazis und deren freien Kameradschaften kämpfen.

Aber dabei müssen wir auch weiterhin beständig unsere revolutionären Grundgedanken in gelebter Politik, da draußen bei den sozialen Kämpfen immer und immer wieder bekräftigen und mit dem Label der LINKEN in Verbindung bringen.

Ich möchte mich hier in Hamburg nicht spalten lassen und entweder als Reformier oder Revolutionär oder noch schlimmer, wie es den Grünen ergangen ist, als Realos und Fundis abstempeln lassen. Denn das wird einfach mit uns gemacht, weil einfach so in der Berichterstattung von diesen zwei Lagern die Rede sein wird. Und dagegen möchte ich mich stellen!

Ich plädiere für einen respektvollen Umgang miteinander und für ein aufeinander Zugehen und gegenseitiges Zuhören, ohne Vorurteile und für ein gemeinsames Ziel:

Eine starke linke Opposition in den Hamburger Parlamenten und eine lernende Partei DIE LINKE, draußen bei den Menschen, den Bewegungen und Kämpfen vor Ort oder in den Betrieben.

Dankeschön!

Wir sollten die Diskussionskultur, die derzeit der Rechthaberei gewichen scheint, neu beleben und uns glücklich schätzen, ob der Meinungspluralität in unseren Reihen.

Wir sollten uns glücklich schätzen, dass intelligente junge Menschen den Weg in diese Partei gefunden haben und sich der linken Sache verpflichtet fühlen. Wer REVOLUTIONÄRE IDEEN einer VERSCHLIMMBESSERUNG DES KAPITALISMUS vorzieht, kann sich doch nicht allen Ernstes in einer SOZIALISTISCHEN PARTEI dafür rechtfertigen müssen!

Der Radius der LISTE LINKS erstreckt sich eben nicht hauptsächlich über Wandsbek, Nord oder Harburg, sondern über die Universität! - und die ist schon rein territorial jeder BO ebenbürtig.

Ich empfinde es als außerordentlich wichtig, dass in dieser „geistigen Eliten-Schmiede“ unserer Stadt, linke Standpunkte vertreten werden! (Als Mitbegründer der LISTE LINKS konnte Martin vor langer, langer Zeit dem ja auch mal was positives abgewinnen...) Ich bin sehr froh, in der LISTE LINKS viele meiner eigenen Positionen manifestiert zu wissen und möchte Euch zu konstruktiven Diskussionen darüber von ganzem Herzen einladen.

Wer hier allerdings versucht, der Jugend ihre Stimme zu nehmen, wird zwangsläufig irgendwann in einem KÄFIG VOLLER ALTER NARREN erwachen!

Der LANDESVORSTAND wirkt alles andere als souverän. Statt weiterführende eigene Denkanstöße an die Partei auszusenden, wird nur konsequent versucht, jedes freihändige Denken und Handeln zu unterbinden. Als Ex-DDR-Bürger

kommt mir diese Handlungsweise mehr als bekannt vor und ich lehne sie grundsätzlich ab!

Deshalb hat sich der BEZIRKSVORSTAND MITTE auch solidarisch mit der (übrigens bundesweit anerkannten) Publikation „Hamburg DEBATTE“ erklärt. Wer meint, aktiv Einfluss auf eine Zeitungsredaktion nehmen zu müssen, der muss auch mit dem Vorwurf der ZENSUR leben!

Zudem denke ich, dass es einer sozialistischen Partei nicht gut zu Gesicht steht, Geld als Druckmittel einzusetzen!

Ich möchte hiermit den LANDESVORSTAND auffordern, endlich konstruktiv zu agieren, statt destruktiv zu reagieren und den hegemonialen Führungsanspruch durch ein MITEINANDER zu ersetzen!

Bei dieser instabilen Weltlage sollten wir uns endlich wieder auf die daraus resultierenden komplexen Aufgaben konzentrieren, statt persönliche Eitelkeiten zum Mittelpunkt linker Hamburger Landespolitik zu machen!

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen erfolgreichen Landesparteitag!

Veranstaltung: **Migration, Rechtsentwicklung und die Diskussionen in der Linkspartei**

Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Ulla Jelpke (MdB)

Dienstag, 9. Februar 2016, 19.00 Uhr, Büro der LINKEN Altona, Am Felde 2.

Weltweit erleben wir zz. die größte Flüchtlingsbewegung seit dem 2. Weltkrieg. Die Menschen fliehen vor Krieg, Gewalt, Verfolgung und Diskriminierung, vor Armut, Elend und Perspektivlosigkeit.

Im 2. Halbjahr 2015 stieg die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland und Europa rapide an. In Deutschland treffen die Flüchtlinge auf eine nie dagewesene Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität. Zehntausende freiwillige Helferinnen und Helfer engagieren sich in der Flüchtlingshilfe.

Zugleich beschließt die Bundesregierung (im Schatten von „wir schaffen das“) zum wiederholten Male die Verschärfung des Asylrechts. Die „Willkommenskultur“ wurde mit Füßen getreten. Die flüchtlingspolitische Debatte wird zunehmend mit rechtem Zungenschlag geführt. Mit rassistischen Parolen vom „Asylmissbrauch“ und der pauschalen Kriminalisierung von Flüchtlingen legten Politiker der etablierten Parteien die Lunte für brennende Flüchtlingsunterkünfte.

Pegida, Legida und andere Rassisten haben erheblichen Zulauf. Die AfD liegt bundesweit bei

10 % der Stimmen. Gesellschaftliche Mehrheiten scheinen sich nach „rechts“ zu verschieben.

- Was hat die LINKE dem entgegen zu setzen?
- Wie kann die rassistische Flüchtlingspolitik in Deutschland und der EU gestoppt werden?
- Brauchen wir eine Obergrenze für Flüchtlinge und wie ist das mit dem Gastrecht und Asylrecht?
- Wie widersprüchlich verlaufen unsere Diskussionen?
- Was ist unsere Aufgabe als LINKE? Was ist zu tun?

(Eine Veranstaltung der akl-antikapitalistische Linke)



Ulla Jelpke (Bildquelle: Wikipedia)

Offener Brief der Redaktion der *Hamburg Debatte* an die Mitglieder der LINKEN

Die LINKE braucht Debatte

Liebe Leserin, lieber Leser,
liebe Genossin, lieber Genosse,

der Landesvorstand der Hamburger LINKEN hat am 13.12.2015 mehrheitlich beschlossen, dass die aktuelle Ausgabe 14 der *Hamburg Debatte* „aus redaktionellen und finanziellen Gründen nicht erscheinen wird“. Das kam für die Redaktion mehr als überraschend. Zu diesem Zeitpunkt war das Heft, an dem seit Anfang September gearbeitet wurde und das den Schwerpunkt „Fluchtursachen und Flüchtlingspolitik“ trägt, bereits so gut wie fertig.

Überraschend kam die Absage auch deshalb, weil sich der geschäftsführenden Landesvorstand und die Redaktion noch Ende November konstruktiv auf ein Verfahren für Heft 14 verständigt hatten. Dabei war immer klar, dass eine Zensur nicht stattfindet. Mit dem Beschluss des Landesvorstandes kann davon keine mehr Rede sein.

Wir wenden uns daher an alle Leserinnen und Leser, den Druck von Heft 14 und die ergiebige Arbeit der Redaktion auch weiterhin zu ermöglichen.

Das Debattenmagazin der Hamburger LINKEN wurde vom Landesvorstand im Dezember 2008 im Rahmen eines Öffentlichkeitskonzeptes neben dem „Rundbrief“/„Landesinfo“ (zwischenzeitlich eingestellt) und dem „Newsletter“ ins Leben gerufen, die Redaktion wurde per Beschluss eingesetzt. Genau fünf Jahre später bestätigte der Landesparteitag im Dezember 2013 die Konzeption der zwei- bis dreimal jährlich erscheinenden *Debatte*, die „ein über die Partei hinaus anerkanntes Organ des Landesverbandes Hamburg“ sei und „wichtige Funktionen zur innerparteilichen Meinungs- und Willensbildung“ erfülle, so der Parteitagsbeschluss.

Die erste Ausgabe wurde im März 2010 veröffentlicht, die Schwerpunkte der 13 Hefte reichen von „Eine Schule für alle“, der Wohnungs- sowie Kinder- und Jugendpolitik über die Europapolitik und den Antifaschismus bis zu der Programmdebatte, der aktuellen Krise des Kapitalismus und den Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen. Beiträge zum Frieden und zum Internationalismus stellen stets einen zweiten Schwerpunkt dar. In den Artikeln werden Fragen und Probleme der Gesellschafts- und Parteientwicklung mit wissenschaftlichem Anspruch und journalistischen Mitteln vertieft und die Auseinandersetzung gegenüber den politischen Gegnern – auch mit Ironie und Witz – gesucht. Besonderes Augenmerk legt die Redaktion auf die argumentative Vertiefung innerparteilicher Konflikte zum besseren Verständnis und zur Klärung der verschiedenen Positionen. In ihrer

Arbeit lässt sich die Redaktion von der Einsicht leiten, dass die LINKE sich nur als gesellschaftskritische, plurale und streitbare emanzipatorische Kraft entwickeln und ihre Wirkung nur als lernende Partei durch die Argumentation entfalten kann. Daher spielt die(se) Kultur im Heft eine gewichtige Rolle – auch neben den Zeilen.

Die AutorInnen der *Debatte* sind Mitglieder der LINKEN und ihre BündnispartnerInnen – nicht nur in Hamburg. Gelesen und verteilt wird die *Debatte* von Mitgliedern und SympathisantInnen der LINKEN, auch jenseits der Hamburger und bundesdeutschen Grenze.

Die Redaktion hat sich mit der Zeit ausnehmend gut und versiert eingespielt, sie beschließt argumentativ im Konsensprinzip. Ihre Arbeit hält mehr als halbprofessionellen Ansprüchen stand. Das gilt vor allem für die Themen- und Artikelfindung unter Definierung von gesellschaftlicher Relevanz und innerparteilichen Auseinandersetzungen, in der sorgfältigen Ansprache und „Betreuung“ der AutorInnen und im feinfühligem Redigieren der Texte. Einen eigenständigen Platz nimmt die Heftgestaltung ein, welche die Texte spannungsreich und mit künstlerischen Mitteln begleitet. (Hier findest Du die bisherigen Hefte: www.die-linke-hh.de/politik/publikationen/debattehamburg.html)

Liebe Genossin, lieber Genosse, für die kultivierte Meinungs- und Willensbildung, für die Freude an Argument und Gegenargument und um Aussicht zu schaffen für eine menschenwürdige Welt der Freien und Gleichen: Die LINKE braucht die Debatte.

Mit solidarischen Grüßen

Redaktion der „Hamburg Debatte“: Kristian Glaser, Timm Kunstreich, Rachid Messaoudi, Sinah Mielich, Norman Paech, Herbert Schui, Zdravko Susic

Zur Finanzierung des Drucks des aktuellen Heftes Nr. 14 (von Kristian per Mail an die Mitglieder des Bezirksverbands versandt, -red) mit dem Schwerpunkt „Fluchtursachen und Flüchtlings-solidarität“ bitten wir um eine Spende:

Die LINKE Hamburg-Mitte, Hamburger Sparkasse, IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03, BIC: HASPDEHHXXX. Stichwort: "Hamburg Debatte".

Bitte die Postadresse angeben, dann kann eine Spendenbescheinigung ausgestellt werden

Heftanfragen bitte per Mail an debatte@die-linke-hamburg.de

Neue Stadtteilzeitung für Wilhelmsburg

Eine sechsköpfige Redaktionsgruppe der BO Wilhelmsburg/Veddel hat im kreativen Kollektiv die Stadtteilzeitung "LINKS INSULANER" ins Leben gerufen. Sie will und soll interessante Themen von den und für die Elbinseln aufgreifen. Sie ist jetzt bereits im Netz zu finden und soll in hoher Auflage

als Printausgabe unter die Insulaner gebracht werden.

Direkt anzusehen auf der Homepage www.linksinsulaner.hamburg

Wer eine Printausgabe haben möchte, bitte eine Mail an friedrich.wiese@gmx.de schicken

Feminismus ist kein Nebenwiderspruch

Die ehemalige Bürgerschaftsabgeordnete und Journalistin Kersten Artus setzt sich schon seit langem für die Belange der Frauen ein. Im ausführlichen Interview, das in zwei Teilen erscheinen wird, erklärt sie, welche Konsequenzen wir aus Köln ziehen müssen, warum die gesetzliche Frauenquote in Unternehmen nicht ausreichend ist und woran sie die Verklemmtheit unserer Gesellschaft festmacht.

Sven-Friedrich Wiese(SFW): Kersten, was sind die Konsequenzen aus Köln?

Kersten Artus(KA): Zum einen: Die Kölner Polizei hat die Situation auf dem Bahnhofsvorplatz an Silvester falsch eingeschätzt. Offenbar hatte sich die Polizeileitung auf diffuse Terrorwarnungen islamistischer Selbstmordattentäter eingestellt, anstatt auf die Abwehr vom Terror gegen Frauen. Die Beamtinnen und Beamten vor Ort haben sich offenbar auch nicht ausreichend um die Frauen gekümmert, die um Hilfe gebeten haben. Der Rücktritt des Polizeipräsidenten ist aus meiner Sicht ein Bauernopfer gewesen. Erfahrungsgemäß sind solche Vorfälle immer nur die Spitze des Eisberges von strukturellen Problemen. Da wurde anscheinend jahrelang schlechte Arbeit gemacht, die städtische und die Landesregierung sind ihren Aufgaben nicht ausreichend nachgekommen.

Zum anderen besteht eine Lücke im Sexualstrafrecht. Frauenrechtsorganisationen wie Terres des Femmes weisen darauf seit Jahren hin. Die Definition von Vergewaltigung ist immer noch zu lasch. Um die sexuelle Selbstbestimmung von Menschen zu stärken, bedarf es Änderungen der §§ 177 und 179 Strafgesetzbuch. Die Istanbul Konvention dazu gibt es bereits seit 2011.

Zum dritten ist der gesellschaftlich tief verankerte Rassismus in neuer Massivität offenkundig geworden. Summiert man das mit den fast täglichen Angriffen auf Flüchtlingsheime, den steigenden Umfragewerten der AfD und dem opportunistischen Verhalten unserer Regierungen, die Asylrechtsverschärfungen planen und umsetzen, ergibt sich ein Bild, das mit dem Mantra der Kanzlerin, „Wir schaffen das.“, nicht mehr viel zu tun hat. Das Asylrecht muss vielmehr gestärkt werden, das ergibt sich bereits aus der Genfer Flüchtlingskonvention.

SFW: Wenn man einmal von der juristischen Ungenauigkeit absieht: Hat Sahra Wagenknecht

mit ihrer kontroversen Aussage "Wer sein Gastrecht missbraucht, der hat sein Gastrecht eben auch verwirkt!" wirklich vollumfänglich unrecht?

KA: Nein. Zur Kenntnis nehmen sollten auch KritikerInnen im linken Lager, dass im Protokoll der Genfer Flüchtlingskonvention klar gestellt ist, dass sich Flüchtlinge nicht auf das Verbot der Aus- oder Zurückweisung berufen können, wenn sie aus schwerwiegenden Gründen eine Gefahr für die Sicherheit oder für die Allgemeinheit des Staates bedeuten. Sahras Satz verleitet dennoch zu Fehlinterpretationen, daher war er unangemessen. Ich kann das richtige zu einem falschen Zeitpunkt sagen. Menschen wie Sahra Wagenknecht müssen nun mal jedes Wort, das sie aussprechen, auf die Goldwaage legen. Kein Satz, der in ein Mikro gesprochen wird, ist privat und kann immer missbraucht oder einfach nur falsch verstanden werden. Die Verantwortung ist enorm und bedeutet einen immensen Druck. Da passieren Fehleinschätzungen und Fehler. Sahra gehört neben Gregor Gysi wohl zu den GenossInnen, die am meisten von unseren politischen Gegnern gehetzt, denunziert und falsch dargestellt werden. Ich würde Sahra nie unterstellen, dass sie sich an Rechtspopulisten anlehnt. Das finde ich rufschädigend und – wenn es aus unseren Reihen kommt – im höchsten Maß unsolidarisch. Partei und Fraktionsvorstand haben anschließend alles zum Gastrecht in Bezug auf die Vorfälle in Köln an Silvester klargestellt und sich damit solidarisch und verantwortungsbewusst verhalten – ich teile das vorbehaltlos. Diese Solidarität erwarte ich von allen Aktiven unserer Partei, anstatt sich über die sozialen Medien über Sahra zu echauffieren – bei aller berechtigten Kritik. Beispielsweise hat sich niemand von den linken KritikerInnen direkt auf dem Facebookprofil von Sahra geäußert, sondern nur über sie. Mein Vorschlag, direkt an Sahra zu schreiben, wurde nur sehr verhalten angenommen. Ich finde im Übrigen den Vorwurf, man dürfe der AfD keine Argumente, bzw. „Steilvorlagen“, liefern, albern und apolitisch. Nazis und Rechtspopulisten prangen seit jeher soziale Ungerechtigkeiten an und üben sogar Kritik am Kapitalismus. Wäre die Konsequenz, die Verelendung der Menschen nicht mehr anzusprechen, den Kapitalismus sich selbst überlassen, unsere Forderungen verschweigen?

SFW: „Steile Berge, feuchte Täler“: Mit diesem Spruch und einem entsprechenden Bild wollte ein Städtchen kürzlich Touristen anlocken. Wenn es nach der SPD geht, wird es diese Art Werbung bald nicht mehr geben. Kersten, was hältst du von einem Verbot geschlechterdiskriminierender Werbung? Großspurig will die SPD 2016 zu einem Jahr für die Frauen machen. Ist für dich dieser SPD-Vorstoß überhaupt glaubwürdig?

KA: Wenn das bedeutet, dass die SPD eine Kanzlerkandidatin vorschlagen wird, könnte ich die Kampagne vielleicht ernst nehmen. Wird sie aber nicht. Es geht darum: Frauen sind eine wichtige Zielgruppe bei den Wahlen. Die Parole ist eine Phrase, Teil einer Show. Was Frauenministerin Schwesig und Arbeitsministerin Nahles bislang hingelegt haben, ist mir nicht frauenfreundlich genug. Von einem angemessenen Mindestlohn hätten vor allem Frauen profitiert. Und dass Frau Schwesig das selbst von der SPD massiv bekämpfte sexistische Betreuungsgeld verteidigen musste, war doch ein Treppenwitz! Auch dass das Mutterschutzrecht im Jahr drei der Wahlperiode noch nicht erneuert wurde, ist ein Skandal. Und wer außerdem die Bedarfsgemeinschaften von Hartz IV weiter Aufrecht erhält, die vor allem Frauen in Zwang und Armut hält, kann sich nicht glaubhaft für Frauenrechte aufschwingen. Letztlich: Wer eine linke Alternative zur Großen Koalition nicht einmal diskutieren will, kann kein Gesellschaftsmodell entwickeln, in dem Frauen wirklich gleichgestellt sind. Ich habe keinen Bock darauf, noch 86 Jahre bis zur Gleichstellung zu warten, wie das ein Wirtschaftsinstitut neulich mal errechnet hat. Ich begrüße allerdings sehr, dass Frau Schwesig die aktuelle Vorlage des Prostituierten“schutz“-gesetzes blockiert. Anstatt die Rechte von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern zu stärken, setzt es auf Repression wie die verpflichtenden Gesundheitsberatungen oder die Kondompflicht. Noch drei kurze Sätze zur Werbung: Entwürdigende Darstellungen von Menschen möchte ich nicht mehr in der Öffentlichkeit sehen. Der Werberat sollte mehr Rechte bekommen wie zum Beispiel Sanktionsmöglichkeiten. Werbungvertreibende Unternehmen sollten das Recht und die Pflicht haben, sexistische Anzeigen abzulehnen.

SFW: Kersten, unsere Welt ist stark geprägt von hypersexualisierten Bildern von weiblichen Körpern, die als verfügbar dargestellt werden. Gleichzeitig haben wir immer noch keine Sprache, um über ein intimes Miteinander offen zu reden. Trägt auch diese Sprachlosigkeit zu einem Klima bei, das Übergriffe normalisiert? Und wie kann man diese Sprachlosigkeit zwischen den Geschlechtern ändern?

KA: Ich finde nicht, dass es eine Sprachlosigkeit gibt. Vielmehr werden die politischen Ursachen und ihre Auswirkungen auf sexuelle Bedürfnisse tabuisiert und mit Moralvorstellungen belegt. Ich würde Sexualpädagogik besser fördern und Erwachsenen mehr Möglichkeiten anbieten, die sich lebenslang entwickelnde Sexualität besser zu verstehen. Welche Sprachlosigkeit meinst Du also? Welche Intimität? In der Schule, in Elternhäusern? Unter Männer, unter Frauen, Männer und Frauen miteinander? Oder in der LINKEN? Ich bewege mich in Umfeldern, in denen sehr offen über Sexualität und Intimes geredet wird.

Dass sich Schwule, Lesben und Trans*menschen wie Intersexuelle outen, ist doch ein Meilenstein. Dass „schwule Sau“ auf Schulhöfen immer noch ein Schimpfwort ist, spricht aber auch für jede Menge Verklemmtheit unserer Gesellschaft. Auch in unseren Reihen haben vor allem Heteromänner immer noch ein Problem mit Schwulen – ich bekomme immer wieder kleine anzügliche Spitzen mit. Als wenn ein Schwanz nicht auch in einem Männerhintern stecken darf. Oder weiß jemand, der/die nicht lesbisch ist, was ein Lecktuch ist? Homosexualität liegt leider immer noch in einer subkulturellen Grauzone. Es geht um andere Lebens- und Lebensweisen, um eine Alternative vom christlich geprägten heteronormativen Kleinfamilienmodell. Wir sollten das als Bereicherung verstehen.

Als Mitglied von Pro Familia wirke ich daran mit, dass die letzten Tabus aufgebrochen werden. Leider wird der Sexualpädagogik noch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, Teile der Gesellschaft sind unaufgeklärt, trotz sexualisierter Werbung und Medien.

Es wird zudem ja auch viel geheuchelt, beispielsweise über die Institution Ehe. Als wenn sie die Krönung einer Liebe ist. Das ist doch Blödsinn. Eine Ehe ist ein staatlich anerkanntes Bündnis, das Schutz garantiert und finanzielle Vorteile bringt – aber eben auch unendlich viel Leid bringt wie Armut, Gewalt und sexuelle Einschränkungen. Die Ehe muss geöffnet werden, jede Partnerschaft und verbindliche Zusammenlebensform – doofes Wort, aber mir fällt kein objektiveres ein – muss staatlichen Schutz und Vorteile genießen.

SFW: Kersten, mag sein, dass du dich in Umfeldern bewegst, in denen sehr offen und erwachsen über Sexualität gesprochen wird. Aber ich stamme zum Beispiel vom Lande, aus dem Münsterland. Und wann immer ich bei meinen alten Kumpels aus der Tennismannschaft zu Besuch bin, werden infantile „dreckige Witze und Bemerkungen“ gemacht. Im Sommer 2013 gab es einen riesengroßen Aufschrei, weil der damalige Spitzenkandidat der

FDP, Rainer Brüderle, einer Journalisten gesagt hat, dass sie ein Dirndl auch ausfüllen könne. War dieser Aufschrei im Vergleich zu den Kölner Geschehnissen nicht völlig unverhältnismäßig? Darüber hinaus: „Männerwitze“ können nach meiner Erfahrung Männer auch freundschaftlich zusammenschweißen. Was soll daran schlecht sein?

KA: Gegenfrage: Warum lachen wir nicht über Neger- und Judenwitze? Zum Brüderle-Porträt: Die „Stern“-Journalistin Laura Himmelreich hat ein sensationelles Porträt über Rainer Brüderle verfasst, für das ich ihr heute noch Respekt zolle. Sie hat mit ihrem handwerklichen Können die Facette

eines Politikers offen gelegt, die jeder und jedem anderen verborgen geblieben wäre. Gleichzeitig konnten sich eben viele Frauen damit identifizieren – sonst hätte es den #Aufschrei nicht gegeben. Der war ja vorher nicht von ihr geplant oder inszeniert worden.

Das Interview führte Sven-Friedrich Wiese, aktives Mitglied in der Bo Wilhelmsburg/Veddel und freier Journalist. Im zweiten Teil des Interviews, das in der März-Ausgabe erscheinen wird, bezieht Kersten klar Stellung zu dem Hauptargument der Linken in den Sechziger- und Siebzigerjahren gegen den Feminismus, dass er nur ein Nebenwiderspruch sei.

Die Befragte (Quelle: Homepage Kersten Artus: <http://kerstenartus.de/>)



Kersten Artus wurde 1964 in Bremen geboren und lebt seit 1982 in Hamburg.

Erstausbildung zur Verlagskauffrau, danach tätig als Presse-Dokumentarin. Ende der 1990er journalistisches Volontariat. Seit 17 Jahren als

Redakteurin tätig. Weitere Qualifizierungen: Teamleitung, personenzentrierte Gesprächsführung, Seminararbeit, Veranstaltungsmoderation. *Derzeit in Ausbildung zur Trauerrednerin. Beginn als nebenberufliche Tätigkeit voraussichtlich ab Anfang 2017.*

Gesellschaftliches Engagement

- Kuratorin der Hamburgischen Regenbogen-Stiftung
 - ragazza e.V.
 - Weibernetz e.V.
 - ProFamilia
 - SoVD
 - deutsche Journalistinnen- und Journalistenunion/ver.di
 - Fördermitglied von hungrig-online.de
 - Fördermitglied des Landesfrauenrats
 - Eingetragen bei der DKMS
- Bürgerschaftsabgeordnete (2008-2015).

Veranstaltung: **Griechenland – Auswege aus der Krise: Schulden reduzieren, streichen + ????**



Vortrag und Diskussion mit Thanos Contargyris, Mitglied der „Wahrheitskommission“

Am **Sonntag, den 14. Februar 2016, von 11 – 13 Uhr**; Einlass: 10:30 Uhr im Centro Sociale (Saal), Sternstraße 2 (U-Bahn Feldstr.).

Veranstalter: Griechenland-Solidaritätsgruppe Hamburg.

Vortrag

- Entstehung der Schulden Griechenland; Durchsetzung der „Memoranden“ und deren verheerenden Auswirkungen auf das Leben der Griechen; die Widerstände in Griechenland und die Politik Syrizas;
- Hauptkenntnisse und Vorschläge des Berichts der „Wahrheitskommission des Griechischen Parlaments zu Griechenlands Staatsschulden“ (Juni 2015);
- Aktueller Stand der Schulden; Verhandlungen der „Quadriga“ mit der griechischen Regierung;
- Forderungen der sozialen Bewegungen: Schuldenaudit, -streichungen, -erleichterungen?

Danach Diskussion

Termine in (und für) Mitte

Dienstag, 09.02. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 09.02., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Donnerstag, 11.02., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
**Zurzeit kein Raum, Einladung mit Datum, Ort
und Zeit erfolgt per E-Mail**

Montag, 15.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 17.02., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 18.02.16, 17:30 Uhr

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**
Sitzungssaal, Klosterwall 4

Donnerstag, 18.02., 19:00 Uhr

**Fluchtursachen: Warum kommen sie wirklich?
mit Prof. Dr. Elmar Altvater**
Rathaus; Veranstalter: BüFrak + LaVo

Sonntag, 28.02., 12 bis 16 Uhr

Jahresempfang der Bezirksfraktion
Freizeithaus Kirchdorf Süd (siehe S. 7)

**Bitte beachtet auch die ausführlicheren Veran-
staltungshinweise auf den Seiten 3, 6, 10 und
14!**

März 2016

Mittwoch, 02.03., 19:00 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

*Der regelmäßige Termin wurde auf den ersten
Mittwoch im Monat verlegt, damit auch die Be-
zirksabgeordneten regelmäßig teilnehmen können.
Vielleicht ist das ja auch für andere Mitglieder
günstiger.*

Montag, 07.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 08.03. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 08.03., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Donnerstag, 10.03., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
wenn Raumfrage geklärt ...

Mittwoch, 16.03.16, 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Montag, 21.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a
*Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de*

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

	Telefon	Mail
Alexander Benthin		alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de
Jörg Günther		joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de
Jan-Peter Klöckner		jan-peter.kloeckner@die-linke-hamburg-mitte.de
Holger Knorr		holger.knorr@die-linke-hamburg-mitte.de
Heiko Laue		heiko.laue@die-linke-hamburg-mitte.de
Frank Rinnert, Schatzmeister		stakkato1966@gmx.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto

DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX